

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die Gesellschaft ist im Kampf gegen Aids auf alle angewiesen

Podiumsdiskussion zum Thema Aids vom Mittwoch zeigte die Vielschichtigkeit des Aids-Problems auf – Kampf nur gemeinsam möglich

Die von der Aids-Arbeitsgruppe Liechtenstein organisierte Podiumsdiskussion im Haus Stein Egerta am Mittwochabend machte für einmal mehr die Vielschichtigkeit des Aids-Problems deutlich und sie zeigt auf, dass der Kampf gegen diese Krankheit nur unter Beihilfe aller erfolgreich geführt werden kann. Dies nicht zuletzt aus dem Grund, da dieser Krankheit derzeit nur durch die Verhinderung ihrer Ausbreitung Einhalt geboten werden kann. Bestätigt wurde dies in Kurzreferaten, welche sowohl medizinische als auch rechtliche, psychologische und gesellschaftliche Aspekte dieser sich immer noch weiter ausbreitenden Krankheit zum Inhalt hatten, und auch in der anschließenden Diskussion, die verdeutlichte, welche geballte Ladung an Problemen noch auf uns alle zukommen wird.

Als zuständiger Ressortinhaber für das Sozial- und Gesundheitswesen betonte Regierungsrat Dr. Peter Wolff die Komplexität des Aids-Problems, zumal es zu dessen Lösung keine Patentrezepte gebe und diesem auch Politiker relativ hilflos gegenüberstehen würden. Gleichzeitig aber machte er klar, dass die Regierung den Kurs der Solidarität gegenüber Betroffenen einschlagen werde. So würden beispielsweise Massnahmen zur Pflege von Aids-Kranken im Lande getroffen, wozu es allerdings gelte, das Personal der möglichen Pflegeanstalten vermehrt im Umgang mit Aids-Kranken zu schulen und zu informieren. Die Bemühungen der Regierung gingen dahin, dass sich Betroffene im Falle von Pflegebedürftigkeit nicht abschieben zu lassen bräuchten. Dr. Wolff ging schliesslich auch auf rechtliche Probleme ein, so beispielsweise bezeichnete er freie Spritzenabgabe an Drogenabhängige als nur schwer einföhrbar, zumal diese nach dem geltenden Gesetz als Beihilfe zum Drogenmissbrauch zu sehen sei.

Warum nicht?

Ein bisschen anders sah Dr. Peter Rheinberger, Vorsitzender der Aids-Arbeitsgruppe, dieses Problem. Nachdem er über Werdegang, Erscheinungsformen und Ansteckungsphase dieser Krankheit informiert hatte, stellte er fest, dass Liechtenstein gemäss Aids-Statistik durchaus mit der Schweiz «mithalten» könne, welche im europäischen Vergleich, nicht alleine zwar, so dennoch an der Spitze zu finden sei. Er warf die Frage in den Raum, warum es denn nicht möglich sei, in dieser Hinsicht das Gesetz zu ändern, so dass eine weitere Übertragung des HIV-Virus wenigstens durch die Abgabe von sauberen Spritzenmaterial vermindert werden könnte. Beispiele von kontrollierter Abgabe von sauberen Spritzen an Abhängige gebe es auch in anderen Ländern, und je eher man sich nach den vorhandenen Möglichkeiten richte, desto eher gelinge es, die Weiterverbreitung des Virus zu stoppen. Weiters postulierte Dr. Rheinberger die Erweiterung des Krankenhauses Vaduz und die Schaffung weiterer Pflegesplätze für Aids-Kranke, da diese in Zukunft bestimmt nötig werden würden, wollte man die Betroffenen nicht «abschieben».

Zusammenarbeit nötig

Auf die besonderen Probleme der Information in der Schule wies der in der Aids-Arbeitsgruppe tätige Vertreter des Schulwesens, Kurt Korner, hin. Er wies



An der Podiumsdiskussion zum Thema Aids am Mittwoch stellten sich Fachleute aus verschiedenen Sparten den Fragen der Anwesenden (v.l.n.r.): Maria Madl, lic. phil. Dietmar Näscher, Kurt Korner, Dr. Peter Wolff, Dr. Peter Rheinberger, Dr. Gert Risch und Gerd Janssen.

darauf hin, wie komplex sich dieses Thema für das Lehrpersonal gestalte, zumal bei dessen Behandlung in der Schule sowohl biologische, zwischenmenschliche, ethische, medizinische als auch persönliche Aspekte miteinzubeziehen wären, was sich für einen Menschen, der nicht auf sämtliche dieser Gebiete spezialisiert ist, sehr schwierig gestalten könne. In den

Schulen würde zwar bestmöglich informiert, jedoch sei es auch Sache der Eltern, sich in der Erziehung ihrer Kinder auch diesem Thema zu widmen. Nur durch die Anstrengungen aller Erziehenden in sich ergänzender Zusammenarbeit sei es möglich, Kinder und Jugendliche mit diesem Problem vertraut zu machen. Dies wurde vom Leiter der Aids-Bera-

tungsstelle, Dietmar Näscher, unterstrichen, der über seine bisherige Tätigkeit berichtete und der klar machte, dass uns das Aids-Problem in Zukunft vermehrt beschäftigen werde, nämlich dann, wenn sich die Krankheit unter den Virusträgern, von denen es auch in Liechtenstein gebe, bemerkbar machen werde.

(wan)

Ein Kompromissvorschlag für Tierversuche

Erläuternder Bericht der Regierung zum neuen Tierschutzgesetz mit Tierversuchsverbot

(G.M.) – Die Vorlage der Regierung zur Schaffung eines neuen Tierschutzgesetzes, das ein generelles Verbot aller Tierversuche vorsieht, hat zu unterschiedlichen Reaktionen geführt. Auf der einen Seite wurde das Verbot der Tierversuche mit grossem Lob versehen, andererseits der Vorwurf erhoben, dass mit dem Verbot in unserem Land die Tierversuche an anderen Orten weitergeführt würden, wovon auch Liechtenstein profitieren würde. Zudem wurde gegenüber der Regierungsvorlage die Vermutung geäussert, dass Liechtenstein durch den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für Heilmittelkontrolle in dieser Frage gar nicht autonom entscheiden könne. Nun hat die Regierung einen ergänzenden Bericht an den Landtag weitergeleitet, der den Vorschlag für einen Kompromiss bei den Tierversuchen enthält, jedoch auf die Gesetzesautonomie unseres Landes hinweist.

Im ursprünglichen Gesetzesvorschlag, den die Regierung dem Landtag unterbreitete, hiess es kurz und bündig, aber klar und eindeutig: «Tierversuche sind

verboten». Dann folgte eine Umschreibung, was unter dem Begriff «Tierversuch» zu verstehen ist. Nach einer Stellungnahme, die Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille dem Landtag vor der Detailberatung und Verabschiedung zuleitete, wurden die Einwendungen in einer Kompromissformel verarbeitet, die folgenden Wortlaut hat: «Tierversuche, die dem Versuchstier Schmerzen bereiten, es in schwere Angst versetzen oder sein Allgemeinbefinden erheblich beeinträchtigen, sind verboten. Die Regierung kann Ausnahmen zulassen, soweit solche Versuche der Vorbeugung, Erkennung oder Heilung von Krankheiten bei Mensch und Tier dienen.»

In seiner Stellungnahme an den Landtag führt Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille weiter aus, dass der Tierschutz entgegen verschiedenen Äusserungen, nicht Gegenstand des Zollvertrages darstellten. Zugunsten der über den Zollvertrag anwendbaren Vorschriften mache die Regierungsvorlage einen Vorbehalt, der sich jedoch in erster Linie auf grenzüberschreitende Sachbereiche,

wie die Ein-, Aus- und Durchfuhr, beziehe. Der Entscheid, ob Tierversuche zugelassen werden sollen oder nicht, hält Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille in seiner Stellungnahme unmissverständlich fest, «liegt beim liechtensteinischen Gesetzgeber.»

Tierversuche gehören nach dieser Darstellung weder zur Kategorie der Zollmaterien noch zur Kategorie der übrigen Bundesgesetzgebung, soweit der Zollvertrag ihre Anwendung bedinge. Als Beweis dafür gilt nach der Stellungnahme die bisherige Tierschutzgesetzgebung aus dem Jahre 1936, die schon ein Verbot von Eingriffen oder Behandlungen an lebenden Tieren zu Versuchszwecken, die mit Schmerzen oder Schädigungen verbunden sind, enthält. Die bisherige eigenständige Regelung hat, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ausführt, zu keinen Beanstandungen unter dem Aspekt des Zollvertrages auf schweizerischer Seite geführt. Liechtenstein sei durch keine vertragliche Normen verpflichtet, die Voraussetzungen für Tierversuche zu schaffen.

Möglichkeit zu einem echten Dorfmittelpunkt

Heute Abstimmung in Planken über das Projekt «Dreischwesternhaus und Dorfplatz»

Heute Abend sind die Plankner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufgerufen, über das Projekt «Dreischwesternhaus und Dorfplatz» abzustimmen. Gemeint ist damit die Bewilligung eines Kredites von ca. 2 Millionen Franken zur Sanierung des alten Hauses nördlich der Kirche und zur Gestaltung eines Dorfplatzes, welcher sowohl die Kirche als auch das Dreischwesternhaus und die diese umgebende Fläche zu einem eigentlichen Dorfmittelpunkt der kleinsten Gemeinde unseres Landes machen soll.

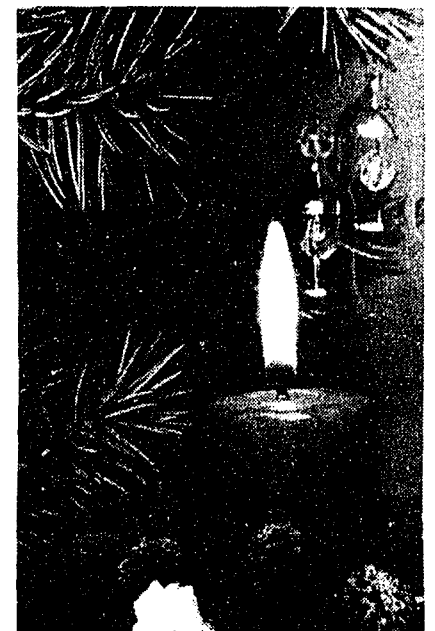
Zu befinden haben die Plankner über ein Projekt, welches vom Gemeinderat und der eigens dazu einberufenen «Drei Schwestern-Kommission» unter Einbezug verschiedenster Interessengruppen dem Schaaner Architekten Hansjörg Hilti zur Ausarbeitung übertragen wurde. Im Falle einer Annahme stünde der Gemeinde Planken bereits Ende 1990 ein bedeutend grösseres Raumangebot zur Verfügung, was sich für die mittel- und längerfristige Planung sehr positiv auswirken könnte, ist doch auch die kleinste Gemeinde unseres Landes im Begriff zu

wachsen. Somit würde durch den Umzug der Gemeindeverwaltung ins Dreischwesternhaus im Gemeindezentrum zusätzliche Räume für die Schule zur Verfügung stehen, und durch die Einrichtung eines Mehrzweckraumes sowie durch die Gestaltung eines Dorfplatzes auch Raum für gesellschaftliche Anlässe geschaffen werden können. Natürlich hat das ganze seinen Preis, doch könnte die Gemeinde Planken nicht zuletzt dank ihrer umsichtigen Finanzplanung bis Ende 1992 trotz dieser Investition schuldenfrei dastehen, was die Aussichten, dieses ohnehin vorteilhafte Vorhaben durchzuführen, zusätzlich begünstigt.



Heute Abend haben die Plankner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Realisierung des Projektes «Dreischwesternhaus und Dorfplatz» (im Bild das Modell) zu befinden.

VOLKSBLATT-Beilage Weihnachten 1988



Als Sonderteil der heutigen Ausgabe finden Sie die erste von drei VOLKSBLATT-Weihnachtsbeilagen 1988. Schwerpunkte der heutigen Beilage sind:

- Der Nikolaus-Besuch,
- Schilderungen der guten alten Zeiten in Triesenberg,
- ein Gespräch mit Heinz Rühmann sowie
- ein Beitrag über Edelsteine als Schmuckstücke mit Heilwirkung.

Ergänzt werden die Textbeiträge im Inseratenteil durch Geschenkideen und Einkaufstips unserer Inserenten, die auf die vielseitigen Einkaufsmöglichkeiten für Weihnachtsgeschenke im liechtensteinischen Handel hinweisen.

Bad Pfäfers wird restauriert

Pfäfers (spk) Rechtzeitig zu den Jubiläen 750 Jahre Therme Pfäfers und 150 Jahre Kurort Bad Ragaz im Jahr 1990 wird das Alte Bad Pfäfers in einer zweiten Phase abschliessend renoviert. Wie die Stiftung Altes Bad Pfäfers am Donnerstag an einer Pressekonferenz in Bad Ragaz darlegte, sollen damit vor allem zusätzliche Räume für Veranstaltungen geschaffen werden.

Das Vorderhaus und die Badkapelle, die von 1704 bis 1716 erbaut worden waren, wurden in den Jahren 1983 bis 1985 einer umfassenden Aussenrestaurierung unterzogen und erhielten dabei ihr ursprüngliches barockes Aussehen zurück. Gleichzeitig wurde das Innere teilweise restauriert. Im ersten Obergeschoss wurde das ehemalige Restaurant neu eingerichtet. Im zweiten Obergeschoss vermittelt ein Museum Kenntnisse über die Geschichte des Klosters und des Bades. Eine Gedenkstätte informiert über Leben und Wirken von Paracelsus, der als erster Badearzt von Pfäfers gilt.

Das restaurierte Alte Bad Pfäfers wurde in eine Stiftung eingebracht, an welcher der Kanton St.Gallen, die Gemeinden Bad Ragaz und Pfäfers, die Vereinigung der Freunde von Bad Pfäfers sowie die Thermalbäder und Grand-Hotels Bad Ragaz AG beteiligt sind.

Schöner arbeiten mit LISTA

BB Center

A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL-8488 TRIEBEN
TELEFON 075/9 93 77

nino
Herrenmode

Städtlemarkt
FL-9490 Vaduz · Tel. 075-2.81.10